

Die demographische Alterung in der Bundesrepublik Deutschland und die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft

- Autor: Johannes Gerlinger <joejoe@gmx.net> -

Universität Stuttgart – Institut für Geographie

Grundlagen

Um zu verstehen, wie es zur Alterung der Bevölkerung kam und wie sie sich unter plausiblen Annahmen in Zukunft entwickeln wird, ist zunächst ein Rückblick in die Vergangenheit erforderlich. Bevölkerungen verändern sich in ihrer Altersstruktur durch das Zusammenspiel aus gegebener Altersstruktur, der **Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration**. Die gegebene Altersstruktur beeinflusst in erheblichem Maße die zukünftige Entwicklung der Altersstruktur, denn wenn die Elterngeneration zahlenmäßig groß ist, werden trotz niedrigem Geburtenniveau mehr Kinder geboren, als wenn die Elterngeneration bereits verhältnismäßig klein ist. Die Veränderung der Altersstruktur in Deutschland kann man am besten anhand des Wandels der Bevölkerungspyramide zum Bevölkerungs-„Sarg“ zeigen.

Betrachtet man die Entwicklung der Geburtenziffern, so fand der eigentliche Geburtenrückgang am Anfang des 20. Jahrhunderts statt (von 5 auf 2 Kinder je Frau). Der **Rückgang der Geburtenziffern** unter das Bestanderniveau ist der entscheidende Grund für die Alterung der Bevölkerung (heute relativ stabiles Geburtenniveau von 1,34).

Leider gibt es keine Gründe für einen Wiederanstieg der Geburtenziffern, denn der Trend geht immer mehr zu kinderlosen Lebensgemeinschaften und Single-Dasein.

Auch beim **Sterblichkeitsrückgang** bzw. dem **Anstieg der Lebenserwartung** kann man von einer demographischen Revolution sprechen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag die durchschnittliche Lebenserwartung noch unter 50 Jahren, gegen Ende des 20. Jahrhunderts beträgt sie 74 Jahre bei Männern und 80 Jahre bei Frauen. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der massive Rückgang der Kleinkindersterblichkeit, seit 1970 zunehmend auch der Rückgang der Alterssterblichkeit. Mit zunehmendem Fortschritt in Medizin und gesundheitsbewussten Lebensstilen wird ein weiteres Ansteigen der Lebenserwartung um 4 Jahre bis 2050 erwartet.

Die Geschichte der **Wanderungen nach Deutschland** ist von sehr unterschiedlichen Phasen und Einwanderergruppen geprägt. Nach dem 2. Weltkrieg kamen ca. 15 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene. In Westdeutschland kamen bis 1961 noch mehrere 100 000 so genannte Republikflüchtlinge hinzu. Mit dem Wirtschaftswunder wurden verstärkt ausländische Arbeitnehmer angeworben und nach dem Anwerbestopp 1973 kam es zu einem verstärkten Familiennachzug. Mit dem Fall der Mauer und des eisernen Vorhangs kamen in großer Zahl Spätaussiedler und

Übersiedler aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland. Außerdem kamen bis Mitte der 90er Jahre verstärkt Asylbewerber sowie Ende der 90er viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Allgemein wird für die Zukunft mit einem fortgesetzten starken Rückgang der Aussiedler gegen 0 gerechnet. Für das zukünftige Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung gibt es vier verschiedene Modellrechnungen des Innenministeriums, die von einem Nullwachstum im Modell k bis zu 300 000 Zuwanderungen pro Jahr im Modell C ausgehen.

Bei allen vier Varianten wird die Bevölkerung in Deutschland von derzeit 82 Mio. schrumpfen. Erwartungsgemäß wäre der Rückgang bis 2050 ohne Einwanderung von Ausländern auf 58 Mio. am stärksten, im Fall des Modells C würde die Bevölkerung nur auf 75 Mio. zurückgehen.

Inwieweit kann nun die demographische Alterung durch die verschiedenen Zuwanderungsszenarien abgemildert werden, genauer, welche Konsequenzen hat die Wanderung auf den potentiellen Unterstützungskoeffizienten (Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine über 65-jährige Person). Dieser betrug 1999 3,93 und würde im Jahr 2050 im Modell K auf 1,64, im Modell C auf 1,96 zurückgehen. Der Einfluss der verschiedenen Wanderungssaldos auf die Alterung erscheint aus demographischer Sicht eher unerheblich. Viel erheblicher ist dagegen die beschleunigte demographische Alterung und die daraus hervorgehenden Konsequenzen für unsere Gesellschaft.

Die **Konsequenzen** werden uns im Moment schon durch Ansätze einer Renten-, Kranken-

und Pflegeversicherungsdiskussion deutlich. Dass die Diskussionen die im Moment geführt werden nur ein kleiner Schritt eines Mammutprojektes, das uns in Zukunft erwarten wird, sind, ist einem Großteil der Bevölkerung noch immer nicht klar. Die Veränderungen werden in einem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern und der damit verbundenen Versorgung von mehr und mehr älteren Menschen, die naturgemäß häufiger und schwerer krank bzw. pflegebedürftig sind deutlich. Die entscheidende Frage hierbei ist nicht, ob es zu verstärkten finanziellen Belastungen kommt, sondern nur, ob mehr die ältere oder mehr die mittlere Generation belastet wird. Hierbei spielt die Altersstruktur der wahlberechtigten Bevölkerung eine entscheidende Rolle, denn diese altert natürlich ebenfalls. Wenn man nun die über 50-jährigen Wahlberechtigten nimmt, von denen man annimmt, dass sie ein verstärktes Interesse an einer guten Alterssicherung haben, dann betrug der Anteil der Wähler 1980 bereits über 40%, im Jahr 2010 wird dieser Anteil schon auf 50% und 2050 auf über 60% gestiegen sein. Das heißt es wird politisch zunehmend schwieriger, zukünftig Reformen zulasten der älteren Generation durchzusetzen.

Zu den oben angesprochenen Problemen zählen:

1. Die Rentenfrage

Bereits im Jahr 1984 berechnete das Bundesministerium für Arbeit, dass in Folge der demographischen Alterung bei Beibehaltung des Generationenvertrages in seiner damaligen Form bis zum Jahr 2030 entweder das Rentenniveau halbiert

oder der Beitragssatz verdoppelt werden müsse. Dieses Beispiel zeigt, dass die Probleme schon seit langem bekannt sind, die Bevölkerung jedoch lange getäuscht wurde: „die Renten sind sicher...“ Die aktuelle Diskussion zeigt, dass unabwiesbarer Handlungsbedarf besteht, jedoch keine allseits befriedigende Lösung.

2. Die Gesundheit im Alter

Je mehr Menschen sehr alt werden, umso mehr Kosten werden im Gesundheitswesen entstehen. Da der medizinische Fortschritt durch aufwendige Forschung und Entwicklung immer kostenintensiver wird ist auch hier mit enormen Kostensteigerungen zu rechnen. Auf der Beitragsseite kommt es dagegen zu einem Rückgang der Einnahmen, da sich der Beitrag der Krankenversicherung nach dem Einkommen / der Rente richtet. Bei bisherigen Reformbestrebungen im Gesundheitssystem wurde bisher immer nach Möglichkeiten einer Dämpfung der Ausgaben gesucht, nicht jedoch nach Reformen des Beitragssystems. In Zukunft wird es zu einem vermehrten Ausschluss von Risiken (Sportunfälle, Nikotin usw.) im Krankenversicherungsschutz kommen und zu einem lebensstilorientierten Beitragssatz.

3. Pflege der Älteren

Mit zunehmendem Alter steigt auch der Anteil der Pflegebedürftigen. Hier nimmt im Moment noch die familiäre Pflege einen breiten Raum ein, die insgesamt kostengünstiger ist, als institutionelle Pflege (ambulant oder stationär). In Zukunft wird aufgrund der sich

verändernden Alters- und Familienstruktur der Anteil der familiären Pflege abnehmen und insgesamt die Zahl der Pflegebedürftigen stark steigen. Im Moment sind die Beiträge der Pflegeversicherung noch nicht sehr hoch. In Zukunft muss jedoch mit deutlich steigenden Beiträgen gerechnet werden.

4. Der Arbeitsmarkt

Rein demographisch betrachtet nimmt nach dem Jahr 2010 die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ab. Dies muss jedoch nicht gleich heißen, dass es zu einem Arbeitskräftemangel kommt, der durch Einwanderung behoben werden muss. Tatsächlich gibt es in Deutschland noch ein erhebliches Reservepotential von Personen im erwerbsfähigen Alter, die im Moment nicht erwerbstätig sind (Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Hausfrauen und Hausmänner usw.). Allgemein wird jedoch in bestimmten Bereichen ein Fachkräftemangel befürchtet, der jedoch aufgrund der schwierigen Prognosen und komplexen Problemlagen im ökonomischen Bereich sehr schwierig vorherzusagen ist.

Bestandserhaltungsmigration

Bei diesem von UN-Demographen eingeführten Konzept handelt es sich um ein rein demographisches methodisches Zahlenspiel. Es soll gezeigt werden, welche Nettozuwanderung nötig wäre, um eine Bestandserhaltung der Gesamtbevölkerung, der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im Rentenalter zu ermöglichen. Um die

Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 auf dem Niveau von 82 Mio. zu halten wäre eine jährliche Nettozuwanderung von 324 000 Personen nötig. (Anstieg des Zuwandereranteils von derzeit 9% auf ca. 28%)

Um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu stabilisieren wären jährlich 450 000 Zuwanderer nötig, was insgesamt über 25 Mio. Zuwanderer und einen Anstieg der Gesamtbevölkerung auf 92 Mio. bedeuten würde. Der Unterstützungskoeffizient sinkt langsamer auf 2,44 im Jahr 2050. (Anstieg des Zuwandereranteils auf 36%)

Um den Unterstützungskoeffizienten (bei 4,41), d.h. den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im Rentenalter konstant zu halten wäre ein jährlicher Wanderungsgewinn von 3,5 Mio. Personen nötig, was zu einer Bevölkerungsexplosion auf über 300 Mio. Einwohner und einem Zuwandereranteil von

über 80% führen würde. Diese Daten zeigen, dass bei einem solchen Szenario eine Integration von Minderheiten, hier nämlich der Ursprungsbevölkerung eine ganz neue Bedeutung erhalten würde.

Mit diesen Berechnungen soll verdeutlicht werden, dass es keine demographische Lösung des Alterungsproblems der Bevölkerung gibt. Migration kann allerdings zu einer Entspannung der demographisch schwierigen Situation beitragen. In diesem Zusammenhang wird in Zukunft auch Integrationsfähigkeit von Deutschen und Zuwanderern immer wichtiger. Dass Zuwanderung allerdings auch kein Allheilmittel ist wird dadurch deutlich, dass natürlich auch die Zuwanderer Leistungsansprüche der Sozialversicherungen erwerben und da auch die ausländische Bevölkerung altert, wird Migration die Systeme auch nur mittelfristig entlasten können.